

Die Situation von Aufarbeitungsinitiativen sechs Jahre nach der Wiedervereinigung – dazu gibt es sicher sehr, sehr unterschiedliche Meinungen, Einsichten und Ansichten. Sie hören jetzt die von Michael Stognienko aus Berlin.

Michael Stognienko: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin gebeten worden, in die Situation von Aufarbeitungsinitiativen sechs Jahre nach der Wiedervereinigung einzuführen. In einem Text des Lyrikers Johannes Bobrowski aus Tilsit kommt ein Historiker vor, der auf die Straße rennt, weil ein Windstoß seine Zettel vom Balkon geweht hat. Sie fliegen davon und er rennt hinterher. Vielleicht ist die ganze litauische Geschichte in Gefahr, heißt es ironisch, wenn er seine Papiere nicht wiederfindet. So beginnt eine Rezension über die Materialien der letzten Enquete-Kommission. Die hatte den Titel „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. Heute wollen wir mit dieser Kommission die Folgen der SED-Diktatur überwinden. Warum dieses Zitat? Zum einen ist es eine Verbindung zur 14. Sitzung der Enquete-Kommission in Leipzig am 30. September 1992, in der die Initiativen und Gruppen zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte schon einmal befragt wurden. Zum anderen möchte ich Sie in dieses Bild Bobrowskis einladen. Tauschen wir einen Historiker gegen eine dieser Initiativen aus, sonst kann alles so bleiben. Sie sitzen auf einem Balkon, ihre Arbeit ist öffentlich und jederzeit einsehbar. Auch der Windstoß paßt. Jeder Wetterumschlag, jede Schwierigkeit – finanziell oder personell – gefährdet die Arbeit, bedroht das Erreichte. Auf die Frage, ob das eventuelle Zugrundegehen der Initiativen die deutsche Geschichte oder etwa die Tätigkeit der Initiativen selbst die Geschichtsschreibung gefährdet, wird, denke ich, der heutige Tag Antwort geben. Eine Voraussetzung für meinen Beitrag zur Situation von Aufarbeitungsinitiativen sechs Jahre nach der Wiedervereinigung ist die Befragung der Initiativen durch die Enquete-Kommission. Ein Fragebogen mit 25 Fragen wurde den Gruppen vorgelegt: Zum Gegenstand ihrer Arbeit, zu ihrem Wirkungskreis, ihrer finanziellen Absicherung, der personellen Situation, ihrer Zusammenarbeit mit anderen Gruppen und öffentlichen Stellen. Anführen sollten sie die absehbaren Gefährdungen ihrer Arbeit. Um Stellungnahme wurden sie ebenfalls gebeten zu der Frage nach Schaffung einer Einrichtung zur Unterstützung der Aufarbeitungsgruppen sowie der Beratung von Opfern – der Einfachheit halber heute und hier kurz als Stiftung bezeichnet.

Antworten kamen von 67 Initiativen. Außer zur Vorbereitung dieser Anhörung dienen die Fragebogen der Vorbereitung eines Handbuchs. Um hier möglichst Vollständigkeit zu erreichen, sind weitere Recherchen notwendig. Meine Beschreibung der Situation der Aufarbeitungsinitiativen habe ich unterteilt in Arbeitsfelder der Initiativen und Arbeitsbedingungen. Zwei Antworten der Initiativen möchte ich besonders hervorheben: Die absehbaren Probleme in ihrer zukünftigen Arbeit und die Frage nach der Einrichtung einer Stiftung.

Den Punkt Arbeitsfelder beginne ich mit einer kurzen Beschreibung des Wirkungskreises der Initiativen. In 67 Antworten wählten sie unter den vier Möglichkeiten lokal/örtlich, regional, landesweit und bundesweit fünfmal den re-

gionalen, elfmal den landesweiten und dreiundvierzigmal den bundesweiten Wirkungskreis. Sehr oft waren mehrere oder alle vier Möglichkeiten angekreuzt. Meine Erklärung dazu ist folgende: Die meisten der Initiativen beschäftigen sich mit der Geschichte eines Ortes oder haben in einem solchen ihren Arbeitsmittelpunkt. Sie wirken aber durch die Besucher und Nutzer der Einrichtungen mit Vorträgen und Ausstellungen über den Ort hinaus. Strukturell oder auch nur ideell eng mit anderen Initiativen verbunden, vergrößert sich ihre Wirkung. Nicht um bloßzustellen möchte ich zitieren. Eine Initiative merkt folgendes an: „Wir haben Besucher von allen Kontinenten.“ Meine Damen und Herren, bitte nehmen Sie diese Wirkung ernst!

Die Arbeitsfelder der Initiativen lassen sich wie folgt kurz skizzieren: Der Unterhalt von Gedenk- und Dokumentationsstätten, die Beratung von Opfern, der Betrieb von Archiven, die politische Bildungsarbeit und eigene Forschungs- und Publikationstätigkeit. Meist überschneiden sich die Arbeitsfelder in einer Initiative. Bewußterhaltung der Ereignisse, Erinnerung an die Opfer, Begreifen der totalitären Strukturen, so lassen sich die Ziele der Arbeit beschreiben. Die Erinnerung an Orte wie Bautzen, Hohenschönhausen, Buchenwald kann nur vor Ort geschehen. In ehemaligen Speziallagern, Haftanstalten, an der ehemaligen innerdeutschen Grenze, an den ehemaligen Orten der Macht entstanden Gedenk- und Dokumentationszentren. Opferberatung ist ein weiteres Arbeitsfeld der Initiativen. Sie sind Ansprechpartner für die Opfer. Sie helfen ihnen bei Anträgen zur Rehabilitierung, bei der Durchsetzung von Renten- und Vermögensansprüchen. Gleichzeitig vertreten sie die Interessen der Opfer in der Öffentlichkeit wie bei der Erarbeitung und Novellierung der Unrechtsbereinigungsgesetze. An dieser Stelle möchte ich auf einen Widerspruch hinweisen, der zwischen der erklärten Solidarität der Politik und dem besteht, was für die einzelne, für den einzelnen an Unrechtsbereinigung herauskommt. Solch einen Widerspruch erleben die Initiativen auch, wenn sie um Unterstützung bitten.

Das dritte Arbeitsfeld ist die Archivarbeit. Sie beginnt mit der Presseauswertung und führt über Sammlungen zu thematischen bzw. zeitlichen Schwerpunkten hin zu Dokumentationen von Materialien und Quellen der Hinterlassenschaften von Partei und MfS wie auch des Widerstandes dagegen. Ein besonderer Fundus für die Forschung ist beispielsweise die Sammlung von ehemaligen Häftlingsbibliotheken. Die bereitgestellten Materialien bedürfen der Kommentierung durch Zeitzeugen. Meist arbeiten sie selbst im Archiv. Erlebnisberichte ehemaliger Häftlinge werden gesammelt. Das Schicksal von Verschollenen wird versucht zu klären über das Zusammenstellen von Haft- und Totenlisten. Die Bildungsangebote reichen von Führungen, ständigen Ausstellungen, Wanderausstellungen bis zu öffentlichen Veranstaltungen. Wert legen die Initiativen auf die Zusammenarbeit mit anderen Bildungsträgern. Wichtig sind ihnen vor allen Dingen Angebote an Jugendliche. Eigene Forschungen entstehen z. B. als Studien und Gutachten im Auftrag der Enquete-Kommission. Zusammen mit den Erlebnisberichten erscheinen sie in eigenen

Publikationen, die von Rundbriefen, Informationsblättern bis hin zu Zeitschriften reichen. Dazu existieren eigene Schriftenreihen.

Zur Arbeitssituation möchte ich folgendes sagen: Auch wenn ich in dieser Skizze nur eine kurze Beschreibung der Tätigkeit der Initiativen leisten konnte, ist sie wichtig für das Verständnis der sich aus der jeweiligen Arbeitssituation ergebenden Probleme. Zur Situation der Initiativen gehören die Arbeitsbedingungen, das Verhältnis von ehrenamtlicher und hauptamtlicher Arbeit, die finanzielle Absicherung und die Zusammenarbeit mit öffentlichen Stellen. Die Hauptarbeit wird ehrenamtlich geleistet. In 30 von den 67 Initiativen gibt es hauptamtliche Mitarbeiter. In über der Hälfte der Fälle sind diese Stellen durch Arbeitsförderungsmaßnahmen geschaffen worden. Nach den Angaben handelt es sich derzeit in 17 Initiativen um etwa 50 Stellen. Fast alle dieser Maßnahmen laufen in den nächsten Monaten aus. Finanziell abgesichert ist die Arbeit damit jeweils nur über einen kurzen Zeitraum. Auf die mit einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme verbundene Sachmittelförderung sind die Initiativen genauso angewiesen. Da die Initiativen schon seit mehreren Jahren arbeiten, erhalten sie diese Sachmittelförderung natürlich jetzt nicht mehr. Sollten sie eine neue Förderung anfangen wollen, müssen sie das mit einem Projekt von 12 Stellen beginnen, und im Durchschnitt liegt die Anzahl der Stellen bei fünf bis sechs. Es ist also nicht möglich, neue Projekte aus dem Boden zu stampfen, um die Arbeitsförderung zu bekommen. Spenden und Mitgliedsbeiträge liefern nur einen äußerst bescheidenen Beitrag zur Absicherung der Arbeit. Die durch Eintrittsgelder bzw. durch den Verkauf der eigenen Publikationen eingenommenen Mittel decken nicht den Aufwand. Großen Anteil an der Finanzierung hat die Projektförderung durch Kommunen, Länder oder den Bund, durch die Zentralen für politische Bildung und die Stiftungen – wie die parteinahen Stiftungen. Dazu kommen die Unterstützungen durch die Landesbeauftragten und den Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR.

Den Punkt Arbeitsbedingungen möchte ich abschließen mit einer Bemerkung zur Zusammenarbeit der Initiativen mit öffentlichen Stellen. Im Fragebogen wurde die Frage nach Kontakt zu Kommunalverwaltungen, Landesverwaltungen, Landesparlamenten oder der Verwaltung des Bundes überwiegend positiv beantwortet. Zusammenarbeit existiert bei Bildungsangeboten, durch die Projektförderung, durch Nachfragen und Gutachten. Besonders genannt worden sind die jeweiligen Rehabilitierungsbehörden, die ZERV sowie die Landesbeauftragten und der Bundesbeauftragte. Gerade die Landesbeauftragten sind ein wichtiges Bindeglied der Initiativen sowohl untereinander als auch zwischen ihnen und den genannten öffentlichen Stellen. Dieses positive Urteil bedeutet aber nicht, daß es nicht auch Stellungnahmen gibt wie „Öffentliche Verwaltung reagiert auf Forderungen und Bitten reserviert bis ablehnend“.

Abschließend möchte ich noch auf zwei Fragen gesondert eingehen. Dies ist die Frage nach den Problemen künftiger Arbeit und die Frage nach der Einrichtung einer Stiftung. 'Sehen Sie für die zukünftige Arbeit Ihrer Grup-

pe/Initiative längerfristige Probleme? Ja! Vor allem finanzielle. „Akut gefährdet sind erstens der materielle Bestand des bisher Geschaffenen, zweitens die mühsam erworbene Kompetenz der Personen, die, wenn sie nun arbeitslos sind und ehrenamtlich weiterarbeiten, spätestens in einem halben Jahr woanders hin weitervermittelt oder umgeschult werden“, heißt es in einem Fragebogen. Die finanziellen Probleme stehen für die Initiativen an erster, an vorderster Stelle. Neben der ABM/AFG-Förderung verringern sich durch die Sparzwänge auch Projektmittel und auch die Möglichkeiten kommunaler Einrichtungen zu helfen. Rein ehrenamtlich ist die Arbeit nicht zu schaffen und bei größerer Unterstützung könnten wir mehr leisten. Hinzu kommen andere Probleme personeller Art. „Der jüngste Mitarbeiter ist bereits 64 Jahre alt“, wird auf die Altersstruktur einer Initiative hingewiesen. Das Aussterben der Generation der Zeitzeugen sehen andere als Problem. Als drittes Problem wird das öffentliche Interesse am Thema genannt. Es fallen Begriffe wie Schlußstrichdebatte, Auseinandersetzung um das Stasi-Unterlagengesetz, Verdrängen.

Nun zur zweiten Frage: 'Halten Sie die Schaffung einer Einrichtung für wünschenswert, die zukünftig die Arbeit der Aufarbeitungsgruppen sowie die Beratung von Opfern unterstützt?'. „Da kommt Ihr reichlich spät“, steht auf einem Fragebogen. Die weit überwiegenden positiven Antworten wurden ergänzt durch „Auf alle Fälle“, „überfällig“, „unbedingt“, „notwendig“, „dringend“, „längst überfällig“, „äußerst dringend“. Zu Eigenschaften einer solchen Einrichtungen wurden notiert: „Diese Stelle sollte eine Projektfinanzierung vornehmen bzw. eine Fehlbedarfsfinanzierung“, „sie sollte ein Bildungszentrum sein“, „eine direkte, möglichst unbürokratische Unterstützung der Initiativen sollte möglich sein“, „es geht um eine langfristige Absicherung der Arbeit“ und „daß ein sinnvolles Zusammenwirken der Initiativen ermöglicht werden kann“. Gründe für Einschränkungen oder gar für ein Nein sind: „Es gibt schon mehr als genug Opfergruppen“, „der Verweis auf die Union der Opferbände“ und „die Forderung nach Einsetzung eines Beauftragten für die Belange der Opfer stalinistischer Willkür“. Eine der Zuschriften verwies auf mögliches Gründungskapital dieser Stiftung: das Vermögen von SED und PDS und der Blockparteien. Das Zitat zu Beginn meines Beitrages sollte den Bogen zur vorangehenden Enquete-Kommission schlagen. Eine Anhörung in Leipzig fand statt. Das Protokoll findet sich in den Materialien im Band IX zusammen mit dem Protokoll der öffentlichen Anhörung „Beteiligung des Bundes an Mahn- und Gedenkstätten“ in den Anlagen Mahngedenkstätten. In den Anlagen des Enquêtewälzers finden sich die erbetenen schriftlichen Stellungnahmen der angehörten Sachverständigen und auf Seite 557 nicht angeforderte Stellungnahmen. Im Bericht gibt es ein Sondervotum der Mitglieder der Fraktion der SPD und der Sachverständigen Faulenbach, Gutzeit und Weber. Darin folgende Empfehlung zum Umgang mit den Folgen des SED-Systems: „Lokale Geschichtsschreibung kann helfen, die Vergangenheit kritisch aufzuarbeiten. Sie sollte sich dabei nicht nur auf DDR-Geschichte, sondern auch auf die NS-Zeit und die Epochen davor beziehen. Es gilt nicht zuletzt, die demokratische Tradition vor Ort bewußt zu machen.“

Meine Damen und Herren, ich möchte meinen Beitrag abschließen mit einigen Thesen zur Weiterarbeit der Aufarbeitungsinitiativen:

1. Die Aufarbeitungsgruppen leisten einen unverzichtbaren Beitrag bei der Aufarbeitung der deutschen Diktaturgeschichte. Sie sammeln die Zeugnisse der Repression und des Widerstandes gegen sie, sie stellen den Raum für das Erzählen der Biographien zur Verfügung. Durch ihren regionalen Bezug machen sie Geschichte nachvollziehbar. Sie sind Interessenvertretungen für die Opfer.
2. Die Aufarbeitungsgruppen sind wichtige Partner in der Aufarbeitung. Da sehr oft Zeitzeugen in den Gruppen selbst arbeiten, sind die mündlichen Überlieferungen und die schriftlichen Zeugnisse der Vergangenheit zusammen abrufbar. Nicht nur die Akten der Macht, auch die Zeugnisse des Widerstandes benötigen Kommentierung. Persönliche Kontakte erleichtern ebenfalls die Recherchen. Dies ist einmalig. Dies ist das Besondere an diesen Aufarbeitungsgruppen.
3. Wird die bisherige Förderungspraxis – keine Zuwendungen, sporadisch oder kurzfristig oder Förderung über ABM/AFG – fortgesetzt, müssen sie ihre Arbeit reduzieren oder gar einstellen. So können z. B. die Archive keine Partner für Forschung und Medien bleiben. Die Archivalien können nicht gesichert werden, viele Zeitzeugen müssen jetzt befragt werden.
4. Der Auslauf der ABM/AFG-Förderungen in den nächsten Tagen und Monaten erfordert jetzt Maßnahmen zur Überbrückung. Die Kommission kann nicht warten, nur um im Abschlußbericht zu sagen, wie gut sie die Arbeit der Aufarbeitungsgruppen findet, sondern es müssen Wege gefunden werden, jetzt Maßnahmen zur Überbrückung einzuleiten.

Im zweiten Teil noch etwas zum Aufbau einer Institution, einer Stiftung:

5. Der Aufbau einer Stiftung muß jetzt begonnen werden. Bei einer solchen Stiftung dürfen die Kommunen und Länder nicht aus ihrer Verantwortung für die Aufarbeitungsinitiativen entlassen werden.
6. Die Eigenschaften der Stiftung sollten sein: Unterstützung der Initiativen in den Bereichen Aufarbeitung, politische Bildung sowie Beratung und Hilfe für die Opfer. Die Unterstützung sollte geleistet werden durch eine Grund-sicherung und durch Projektförderung bei Auswahlkriterien wie der regionalen Verteilung der Initiativen und der fachlichen Qualität. Die Stiftung sollte Forschungsprojekte vergeben. Sie sollte die Bildungsangebote der Initiativen koordinieren. Sie sollte eine Vermittlungsstelle der vorhandenen Angebote in die Öffentlichkeit sein, also welche Initiativen arbeiten wo, welche Archivbestände haben sie, welche Zeitzeugen stehen für politische Bildung zur Verfügung? Zugleich kann und muß diese Stiftung ein Forum für den Austausch der Initiativen untereinander sein.
7. Was die Stiftung nicht sein sollte. Meiner Meinung nach sollte sie kein Dachverband und keine politische Vertretung sein, auch sollte sie keine ei-

gene Forschung betreiben, sondern nur durch die Vergabe von Projekten in die Forschungslandschaft eingreifen.

Dies ist natürlich nur eine ganz kurze Zusammenfassung von 67 Fragebögen und meinen Erfahrungen in der Arbeit. Ich habe sicher einiges weggelassen, einiges vergessen. Ich denke, daß durch die jetzt noch sprechenden Initiativen das mindestens ergänzt wird. Zu den Thesen wird es sicherlich einige Kritik geben. Ich bedanke mich schon im voraus.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Stognienko, herzlichen Dank für Ihre Ausführungen, Ihre Zusammenfassung und Ihre Thesen. Wir kommen jetzt zum nächsten Punkt der Tagesordnung. Die Enquete-Kommission möchte ein verlässlicher und berechenbarer Partner sein. Auch für all die, die mit uns zusammenarbeiten. Aus dem Grunde muß es einen Zeitrahmen geben, um verlässlich und berechenbar zu sein. Damit wir mit unserem Zeitplan besser zurechtkommen, als uns das in der Vergangenheit bei der einen oder anderen öffentlichen Anhörung gelungen ist, ist der Vorschlag gemacht worden, daß wir mit einer Uhr und mit Redezeitbegrenzung arbeiten sollen. Dies wollen wir ab heute tun. Das Sekretariat der Enquete-Kommission hat also eine moderne Eieruhr beschafft. Die auftretende Ähnlichkeit mit dem einen oder anderen Mitglied der Enquete-Kommission ist rein zufällig und nicht gewollt. Lieber Kollege Häfner, Sie sind der erste, der die Ehre hat, damit arbeiten zu dürfen.

Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner: Ganz herzlichen Dank, Herr Eppelmann. Das ist natürlich jetzt einigermaßen furchterregend, weil weder ich noch Sie das Geräusch kennen, das aus diesem merkwürdigen Wesen verlauten wird. Aber wir werden lernen, damit umzugehen.

Auch ich möchte noch einmal ganz herzlich alle auf dem Podium geladenen Gäste, alle Mitglieder der Kommission und alle anderen Gäste hier im Saal begrüßen und möchte einleitend noch ein paar Sätze dazu sagen, was wir mit dem Podium, das jetzt folgen wird, bezwecken, damit wir dann auch mindestens versuchen können, das folgende Gespräch auf die Ziele, die die Kommission damit verfolgt, zu orientieren. Ich glaube, heute ist ein wichtiger Tag für die Kommission. Denn die Kommission wird diese Anhörung sehr ernst nehmen. Sie wird Sie nicht einfach anhören und dann wieder abreisen lassen und dies alles vergessen, sondern wir hören Sie an mit bestimmten Fragen. Im Kern steht für uns dabei die Frage: Welche Möglichkeiten gibt es unsererseits, um den Aufarbeitungsprozeß zu fördern? Aber davor steht die Frage: In welchem Stadium ist dieser Aufarbeitungsprozeß, welche Erfahrungen machen diejenigen, die täglich daran arbeiten? Und das hängt eng damit zusammen, daß die Kommission übereinstimmend der Meinung ist, daß Aufarbeitung eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft ist und eine Aufgabe auf lange Zeit bleiben wird, d. h. es kann keinen Schlußstrich geben. Die Aufarbeitung ist nicht beendet, sie hat in mancher Hinsicht gerade erst angefangen. Ich glaube, die Erfahrung mit der Aufarbeitung von Diktaturen anderer Länder und auch die Erfahrung in unserem eigenen Land zeigt, daß es manchmal eine ganze Generation dauert, bis bestimmte Fragen gestellt werden, von denen manche heute

erst einmal gar nicht viel wissen wollen, weil sie sich versuchen einzurichten im Neuen und manches aus der Vergangenheit verdrängen. Uns wird dies noch lange beschäftigen, und nicht so lange, wie diese Frage gesellschaftlich-politisch anstehen wird, nicht so lange kann und wird es eine Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages geben. Deshalb stellt sich die Enquete-Kommission die Frage: Was können wir dazu beitragen, damit dieser Prozeß als ein gesellschaftlicher Prozeß fortgeführt werden kann? Sind Dinge zu tun, um die Bedingungen dafür zu ändern oder zu verbessern? Das ist unsere zentrale Frage, mit der wir heute zu dieser Veranstaltung eingeladen haben. Wir haben Trägerinnen und Träger dieses Prozesses eingeladen, Menschen, die sich seit Jahren mit den Fragen der Aufarbeitung beschäftigen, Menschen aus ganz verschiedenen Initiativen. Aus Initiativen, die zum Teil schon seit den 50er oder 60er Jahren bestehen, Initiativen, die sich 1989 erst gegründet haben, und auch Initiativen, die jetzt erst ganz jung entstanden sind, um ein breites Spektrum aus dieser Arbeit zu bekommen. Wir haben, um Ihnen kurz zu sagen, was diese Enquete-Kommission und diese Berichterstattergruppe schon gemacht hat, einen Fragebogen verschickt an all diese Initiativen, in dem wir nach der bisherigen Arbeit, nach den Bedingungen dieser Arbeit, der Situation, d. h. auch der finanziellen Situation, der Zahl der Mitglieder, der aktiv Mitarbeitenden usw. gefragt haben. Es wurde schon intensiv von Michael Stognienko darauf eingegangen. Und das heißt auch, ich richte mich damit jetzt noch mal an alle oben auf dem Podium, d. h., daß Sie auch davon ausgehen können, die Antworten auf diese Fragen sind den Mitgliedern der Kommission bekannt. Sie müssen sich also nicht zu lange aufhalten mit der Darstellung von Vergangenen, mit der Darstellung Ihrer Situation. Heute sollte die Frage im Mittelpunkt stehen: Wo sehen Sie die weiteren Aufgaben und was muß Ihres Erachtens geschehen, was kann geschehen, damit Aufarbeitung im Sinne des Subsidiaritätsprinzips als ein gesellschaftlicher Prozeß fortgeführt werden kann? Das ist unsere Frage an Sie. Daß wir das in diesem Gebäude machen, hängt auch damit zusammen, daß von hier aus jahrelang Menschen nicht angehört, sondern ausgehört worden sind. Es sind auch unzählige Akten angelegt worden. Wir wollen Sie heute anhören. Wir werden auch Akten anlegen, aber die werden öffentlich sein, sie werden veröffentlicht werden. Inzwischen sind Drucksachen der Kommission auch schon im Internet zu finden, und insofern kann ich Ihnen heute sagen zu dieser Anhörung, alles das, was Sie hier heute sagen, kann für Sie verwendet werden!

Jetzt kommen wir zum Beginn dieses Podiums hier und ich darf Sie dann sehr herzlich begrüßen – ich werde Sie jetzt nicht einzeln vorstellen, denn das werden Sie in der Reihenfolge ohnehin selbst tun und wir sind schon etwas hinter dem Zeitplan. Ich werde Sie einfach aufrufen, und zwar in der Reihenfolge, wie es auf der Tagesordnung steht, d. h. eine Reihenfolge von innen nach außen, jeweils auf den beiden Seiten. Noch einmal die Bitte, sich bei den Beiträgen auf etwa fünf Minuten zu beschränken. Wir haben vor, anschließend eine erste Runde mit Fragen und Beiträgen der Kommissionsmitglieder zu machen und danach die Diskussion zu öffnen. Dies macht es rechtlich erforderlich, daß

wir die Kommissionssitzung formal unterbrechen. Ich hoffe, daß wir das alles so schaffen. Wir schaffen das umso leichter, je mehr es gelingt, sich an die zeitlichen Vorgaben zu halten. Deswegen beende ich jetzt auch meine Vorrede und erteile Herrn Schaefer das Wort. Frau Elmenreich von der Jenaer Geschichtswerkstatt ist noch nicht eingetroffen, deswegen beginnen wir mit dem Heinrich-Theissing-Institut Schwerin, für das Herr Schäfer heute hier ist. Bitte schön.

Bernd Schäfer: Guten Morgen. Ich bin hauptamtlicher wissenschaftlicher Mitarbeiter einer von den katholischen Bischöfen Ostdeutschlands eingesetzten Arbeitsgruppe, die bis 1997 arbeiten wird und dann einen Bericht vorlegen wird zum Thema „Staatsicherheit und katholische Kirche“. Ich bin heute gebeten worden, für das Heinrich-Theissing-Institut Schwerin, in dessen Kuratorium ich Mitglied bin, einige Ausführungen zu machen. Heinrich Theissing war katholischer Bischof in Mecklenburg von 1970 bis 1987, er ist 1988 verstorben und hat eine große Bedeutung für die Katholiken Mecklenburgs, weshalb man dieses Institut nach ihm benannt hat. Das Heinrich-Theissing-Institut wurde am 9. August 1993 als Dokumentationszentrum für Kirchen- und Zeitgeschichte mit Sitz in Schwerin errichtet. Es ist laut Satzung ein selbständiges Sondervermögen des Erzbischöflichen Amtes Schwerin. Zweck des Institutes ist die Erforschung der Kirchen- und Zeitgeschichte, soweit sie für den Auftrag der Kirche für Bedeutung ist. Es geht auch um die Veröffentlichung und Verwertung von Forschungsergebnissen und vor allem um die Sicherung von Archiven und Archivunterlagen im Bereich der katholischen Kirche Mecklenburgs. Für die Forschungsarbeiten in Archiven, für gutachterliche Tätigkeiten, zur Erarbeitung von Konzeptionen und Publikationen im Forschungs- und Bildungsbereich werden neben- und ehrenamtliche Mitarbeiter beschäftigt. Das Institut wird durch einen hauptamtlichen Direktor geleitet. Die Mitarbeit der ehren-, haupt- und nebenamtlichen Mitarbeiter ist projektbezogen. Die Vergütung erfolgt über Honorare. Die Arbeit wird finanziell aus kirchlichen Mitteln, aus Fördermitteln des Landes und aus Spenden gesichert. Die entsprechenden Angaben wurden im Rahmen der Fragebogenaktion der Enquete-Kommission übermittelt. Hinzuweisen ist darauf, daß die Finanzierung der Projekte durch das Land Mecklenburg-Vorpommern von 50 % im Jahre 1995 auf 33 % im Jahre 1996 gekürzt wurde.

Zu bisherigen Tätigkeiten und Erkenntnissen wie künftigen Projekten ist zu sagen, daß relativ systematisch die zentralen und regionalen Archive in Mecklenburg-Vorpommern und in Berlin, soweit sie die katholische Kirche betreffen, gesichtet sind und umfangreiche Aktenbestände ausgewertet, dokumentiert und in einem Archiv erfaßt wurden. Es handelt sich dabei um die Akten der SED-Bezirksleitungen der drei Nordbezirke, der Räte der Bezirke sowie – zentral in Berlin – der Arbeitsgruppe Kirchenfragen beim ZK der SED, der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen, der Abteilung Kirchenfragen des Hauptvorstandes der CDU und vor allem um die umfangreichen Bestände im Archiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes. In dieser Funktion bin ich auch mit diesem Institut verbunden.